

Inhaltsverzeichnis 2013

I. Rechtsprechungsverzeichnis

	Seite		Seite
Bundesgerichtshof		Die fehlende Auflistung der Krankheit in den Empfehlungen des Deutschen Vereins schließt einen Mehrbedarfszuschlag bei Laktoseintoleranz nicht aus	103
Leistungsfähigkeit zur Zahlung von Elternunterhalt <i>BGH, Beschluss vom 7. August 2013, XII ZB 269/12</i>	123	<i>BSG, Urteil vom 14. Februar 2013, B 14 AS 48/12 R</i>	
Bundessozialgericht		Motivationszuwendungen eines Integrationsunternehmens für einen psychisch kranken Menschen sind kein die Sozialhilfe minderndes Einkommen	127
Anwendung der Wohngeldtabelle zur Bestimmung der angemessenen Unterkunftskosten nur bei fehlenden Erkenntnismöglichkeiten des Gerichts <i>BSG, Urteil vom 22. März 2012, B 4 AS 16/11 R</i>	3	<i>BSG, Urteil vom 28. Februar 2013, B 8 SO 12/11 R</i>	
Kostenerstattung bei Aufenthalt im Frauenhaus <i>BSG, Urteil vom 23. Mai 2012, B 14 AS 190/11 R</i>	51	Anforderungen an die Sozialwidrigkeit des Verhaltens bei Herbeiführung der Hilfebedürftigkeit <i>BSG, Urteil vom 16. April 2013, B 14 AS 55/12 R</i>	129
Auslegung des Begriffs der allgemeinbildenden Schule im Sinne des SGB II orientiert sich an bundesrechtlichen Maßstäben <i>BSG, Urteil vom 19. Juni 2012, B 4 AS 162/11 R</i>	27	Abweichung vom Kopfteilprinzip bei Wegfall des Unterkunftskostenanteils eines sanktionierten unter 25-jährigen Mitglieds der Bedarfsgemeinschaft <i>BSG, Urteil vom 23. Mai 2013, B 4 AS 67/12 R</i>	132
Verfassungsmäßigkeit der Neuermittlung des Regelbedarfs für Alleinstehende <i>BSG, Urteil vom 12. Juli 2012, B 14 AS 153/11 R</i>	5	Berücksichtigung des Einkommens des Stiefelternteils zugunsten der nicht leiblichen minderjährigen Kinder in der Bedarfsgemeinschaft <i>BSG, Urteil vom 23. Mai 2013, B 4 AS 67/11 R</i>	135
Keine pauschale Erhöhung der Wohnflächengrenze für Alleinerziehende nach wohnraumförderungsrechtlichen Sonderregelungen <i>BSG, Urteil vom 22. August 2012, B 14 AS 13/12 R</i>	29	Bundesverwaltungsgericht	
Zu den Voraussetzungen einer Bedarfsgemeinschaft bei einem Mitbewohner im Eigenheim <i>BSG, Urteil vom 23. August 2012, B 4 AS 34/12 R</i>	13	Kündigungsschutz bei Schwerbehinderung <i>BVerwG, Urteil vom 12. Juli 2012, 5 C 16.11</i>	17
Zum Vermögenseinsatz bei sog. gemischten Bedarfsgemeinschaften <i>BSG, Urteil vom 20. September 2012, B 8 SO 13/11 R</i>	33	Verringerung des Nettoeinkommens durch rechtsmissbräuchlichen Wechsel der Steuerklasse <i>BVerwG, Urteil vom 11. Oktober 2012, 5 C 22.11</i>	20
Kein Einbau eines Aufzugs im Haus der Eltern eines schwerbehinderten Kindes auf Kosten des Sozialhilfeträgers bei vorhandenem Vermögen <i>BSG, Urteil vom 20. September 2012, B 8 SO 15/11 R</i>	54	Gewährung von Leistungen nach dem Unterhaltsvorschussgesetz <i>BVerwG, Urteil vom 11. Oktober 2012, 5 C 20.11</i>	43
Kein Anspruch auf Übernahme der Kosten für den Besuch einer Privatschule im Rahmen der Eingliederungshilfe <i>BSG, Urteil vom 15. November 2012, B 8 SO 10/11 R</i>	57	Aufwendungsersatz für eine selbst beschaffte Schulbegleitung <i>BVerwG, Urteil vom 18. Oktober 2012, 5 C 21.11</i>	45
Übernahme der Kosten der Räumung einer Wohnung bei Umzug in ein Pflegeheim <i>BSG, Urteil vom 15. November 2012, B 8 SO 25/11 R</i>	59	Anspruch auf Gewährung heilpädagogischer Leistungen <i>BVerwG, Urteil vom 18. Oktober 2012, 5 C 15.11</i>	66
Aufhebung einer Leistungsbewilligung nach § 45 SGB X, wenn die Ausgangsentscheidung von Anfang an rechtswidrig war <i>BSG, Urteil vom 29. November 2012, B 14 AS 6/12 R</i>	75	Kostenerstattung bei fortdauernder Vollzeitpflege nach § 89a SGB VIII <i>BVerwG, Urteil vom 13. Dezember 2012, 5 C 25.11</i>	90
Keine Verweigerung existenzsichernder Leistungen, wenn einmalige Einnahmen nicht zur Sicherung des Lebensunterhalts im Verteilzeitraum verwendet werden <i>BSG, Urteil vom 29. November 2012, B 14 AS 33/12 R</i>	78	Erstattung der Aufwendungen für den Einsatz eines Kommunikationshelfers als Hilfe zur Förderung der Teilhabe am Arbeitsleben <i>BVerwG, Urteil vom 10. Januar 2013, 5 C 24.11</i>	105
Keine Berücksichtigung persönlicher Lebensumstände bei der Bestimmung der abstrakt angemessenen Vergleichsmiete <i>BSG, Urteil vom 11. Dezember 2012, B 4 AS 44/12 R</i>	81	Erhebung eines jugendhilferechtlichen Kostenbeitrags von einem selbstständig arbeitenden Elternteil <i>BVerwG, Urteil vom 19. März 2013, 5 C 16.12</i>	108
Kein Ausschluss von SGB-II-Leistungen, wenn Drittstaatsangehörige zum Zwecke der Familienzusammenführung zum deutschen Ehepartner nachziehen <i>BSG, Urteil vom 30. Januar 2013, B 4 AS 37/12 R</i>	99	Anrechnung des Elterngeldes als Einkommen bei der Ermittlung der Berechnungsgrundlage für den jugendhilferechtlichen Kostenbeitrag <i>BVerwG, Urteil vom 18. April 2013, 5 C 18.12</i>	93
Ein Wertzufluss am Tag der Beantragung von SGB-II-Leistungen ist unabhängig von der Uhrzeit der Kontogutschrift und der Antragstellung als Einkommen und nicht als Vermögen zu beurteilen <i>BSG, Urteil vom 14. Februar 2013, B 14 AS 51/12 R</i>	101	Kein Unterhaltsvorschuss für Kind von anonymem Samen-spende im Ausland <i>BVerwG, Urteil vom 16. Mai 2013, 5 C 28.12</i>	111
		Schwerbehindertenrechtliche Ausgleichsabgabe auch in Beschäftigungsgesellschaften <i>BVerwG, Urteil vom 16. Mai 2013, 5 C 20.12</i>	139
		Landessozialgerichte	
		Ergänzende Sachleistungen oder geldwerte Leistungen bei Sanktionen im SGB II <i>LSG Essen, Beschluss vom 7. September 2012, L 19 AS 1334/12 B</i>	37

	Seite		Seite
Berliner Wohnaufwendungsverordnung: Normenkontrollantrag unzulässig <i>LSG Potsdam, Urteil vom 21. August 2012, L 36 AS 1162/12 NK</i>	61	Erladigung eines Verwaltungsaktes im Falle der Antragsrücknahme im reinen Antragsverfahren <i>OVG Lüneburg, Beschluss vom 16. August 2013, 4 LA 155/12</i>	143
Übernahme der Kosten für die Anschaffung und den behindertengerechten Umbau eines Kraftfahrzeugs <i>LSG Stuttgart, Urteil vom 26. September 2012, L 2 SO 1378/11</i>	38	Kindergartenplatz für ein behindertes Kind <i>OVG Lüneburg, Beschluss vom 15. Oktober 2013, 4 ME 238/13</i>	143
Oberverwaltungsgerichte, Verwaltungsgerichtshöfe			
Anspruch auf obdachlosenpolizeiliche Unterbringung von Unionsbürgern <i>OVG Bremen, Beschluss vom 7. Februar 2013, 1 B 1/13</i>	118	Ein Betreuungsplatz bei einer Tagesmutter erfüllt den Rechtsanspruch auf U3-Betreuung, wenn ein Kita-Platz nicht zur Verfügung steht <i>OVG Münster, Beschluss vom 14. August 2013, 12 B 793/13</i>	115
Rechtsweg bei Streitigkeiten über ein Hausverbot für die Räume eines Jobcenters gegenüber einem Empfänger von SGB-II-Leistungen <i>OVG Bremen, Beschluss vom 25. März 2013, 1 B 33/13</i>	119	Zahlungsanspruch eines Trägers der freien Jugendhilfe gegen einen öffentlichen Jugendhilfeträger wegen im Rahmen einer Jugendhilfemaßnahme erbrachter Leistungen <i>OVG Saarlouis, Urteil vom 29. Januar 2013, 3 A 206/12</i>	69
Kostenbeitrag für Kindertagespflege <i>OVG Lüneburg, Beschluss vom 21. Juni 2013, 4 LA 102/12</i>	142		

II. Sachverzeichnis

	Seite		Seite
Alleinerziehende		Behinderte Menschen	
Keine pauschale Erhöhung der Wohnflächengrenze für Alleinerziehende nach wohnraumförderungsrechtlichen Sonderregelungen	29	Anspruch auf Gewährung heilpädagogischer Leistungen	66
Alleinstehende		Erladigung eines Verwaltungsaktes im Falle der Antragsrücknahme im reinen Antragsverfahren	143
Verfassungsmäßigkeit der Neuermittlung des Regelbedarfs für Alleinstehende	5	Erstattung der Aufwendungen für den Einsatz eines Kommunikationshelfers als Hilfe zur Förderung der Teilhabe am Arbeitsleben	105
Allgemeinbildende Schule		Kein Einbau eines Aufzugs im Haus der Eltern eines schwerbehinderten Kindes auf Kosten des Sozialhilfeträgers bei vorhandenem Vermögen	54
Auslegung des Begriffs der allgemeinbildenden Schule im Sinne des SGB II orientiert sich an bundesrechtlichen Maßstäben	27	Kindergartenplatz für ein behindertes Kind	143
Antragsverfahren		Kündigungsschutz bei Schwerbehinderung	17
Erladigung eines Verwaltungsaktes im Falle der Antragsrücknahme im reinen Antragsverfahren	143	Schwerbehindertenrechtliche Ausgleichsabgabe auch in Beschäftigungsgesellschaften	139
Arbeitsförderung		Übernahme der Kosten für die Anschaffung und den behindertengerechten Umbau eines Kraftfahrzeugs	38
Erstattung der Aufwendungen für den Einsatz eines Kommunikationshelfers als Hilfe zur Förderung der Teilhabe am Arbeitsleben	105	Beschäftigungsgesellschaften	
Motivationszuwendungen eines Integrationsunternehmens für einen psychisch kranken Menschen sind kein die Sozialhilfe minderndes Einkommen	127	Schwerbehindertenrechtliche Ausgleichsabgabe auch in Beschäftigungsgesellschaften	139
Arbeitslosengeld II → Grundsicherung für Arbeitsuchende		Deutscher Verein	
Aufhebung einer Leistungsbewilligung		Die fehlende Auflistung der Krankheit in den Empfehlungen des Deutschen Vereins schließt einen Mehrbedarfszuschlag bei Laktoseintoleranz nicht aus	103
Aufhebung einer Leistungsbewilligung nach § 45 SGB X, wenn die Ausgangsentscheidung von Anfang an rechtswidrig war	75	Eigenheim	
Aufwendersersatz		Zu den Voraussetzungen einer Bedarfsgemeinschaft bei einem Mitbewohner im Eigenheim	13
Aufwendersersatz für eine selbst beschaffte Schulbegleitung	45	Eingliederungshilfe	
Aufzug		Kein Anspruch auf Übernahme der Kosten für den Besuch einer Privatschule im Rahmen der Eingliederungshilfe	57
Kein Einbau eines Aufzugs im Haus der Eltern eines schwerbehinderten Kindes auf Kosten des Sozialhilfeträgers bei vorhandenem Vermögen	54	Kein Einbau eines Aufzugs im Haus der Eltern eines schwerbehinderten Kindes auf Kosten des Sozialhilfeträgers bei vorhandenem Vermögen	54
Ausgleichsabgabe		Übernahme der Kosten für die Anschaffung und den behindertengerechten Umbau eines Kraftfahrzeugs	38
Schwerbehindertenrechtliche Ausgleichsabgabe auch in Beschäftigungsgesellschaften	139	Einkommen	
Ausländer, Ausländerrecht		Anrechnung des Elterngeldes als Einkommen bei der Ermittlung der Berechnungsgrundlage für den jugendhilferechtlichen Kostenbeitrag	93
Anspruch auf obdachlosenpolizeiliche Unterbringung von Unionsbürgern	118	Aufhebung einer Leistungsbewilligung nach § 45 SGB X, wenn die Ausgangsentscheidung von Anfang an rechtswidrig war	75
Kein Ausschluss von SGB-II-Leistungen, wenn Drittstaatsangehörige zum Zwecke der Familienzusammenführung zum deutschen Ehepartner nachziehen	99	Berücksichtigung des Einkommens des Stiefelternteils zugunsten der nicht leiblichen minderjährigen Kinder in der Bedarfsgemeinschaft	135
Bedarfsgemeinschaft		Ein Wertzufluss am Tag der Beantragung von SGB-II-Leistungen ist unabhängig von der Uhrzeit der Kontogutschrift und der Antragstellung als Einkommen und nicht als Vermögen zu beurteilen	101
Abweichung vom Kopfteilprinzip bei Wegfall des Unterkunfts-kostenanteils eines sanktionierten unter 25-jährigen Mitglieds der Bedarfsgemeinschaft	132	Keine Verweigerung existenzsichernder Leistungen, wenn einmalige Einnahmen nicht zur Sicherung des Lebensunterhalts im Verteilzeitraum verwendet werden	78
Zu den Voraussetzungen einer Bedarfsgemeinschaft bei einem Mitbewohner im Eigenheim	13		
Zum Vermögensersatz bei sog. gemischten Bedarfsgemeinschaften	33		

	Seite		Seite
Motivationszuwendungen eines Integrationsunternehmens für einen psychisch kranken Menschen sind kein die Sozialhilfe minderndes Einkommen	127	Verfassungsmäßigkeit der Neuermittlung des Regelbedarfs für Alleinstehende	5
Verringerung des Nettoeinkommens durch rechtsmissbräuchlichen Wechsel der Steuerklasse	20	Zu den Voraussetzungen einer Bedarfsgemeinschaft bei einem Mitbewohner im Eigenheim	13
Einmalige Einnahmen		Hausverbot	
Keine Verweigerung existenzsichernder Leistungen, wenn einmalige Einnahmen nicht zur Sicherung des Lebensunterhalts im Verteilzeitraum verwendet werden	78	Rechtsweg bei Streitigkeiten über ein Hausverbot für die Räume eines Jobcenters gegenüber einem Empfänger von SGB-II-Leistungen	119
Einsatz von Einkommen → Einkommen		Heilpädagogische Leistungen	
Einsatz von Vermögen → Vermögen		Anspruch auf Gewährung heilpädagogischer Leistungen	66
Elterngeld		Heizkosten → Unterkunftskosten	
Anrechnung des Elterngeldes als Einkommen bei der Ermittlung der Berechnungsgrundlage für den jugendhilferechtlichen Kostenbeitrag	93	Hilfe zum Lebensunterhalt → Sozialhilfe	
Elternunterhalt		Jobcenter	
Leistungsfähigkeit zur Zahlung von Elternunterhalt	123	Rechtsweg bei Streitigkeiten über ein Hausverbot für die Räume eines Jobcenters gegenüber einem Empfänger von SGB-II-Leistungen	119
Ersatzanspruch		Jugendhilfe	
Anforderungen an die Sozialwidrigkeit des Verhaltens bei Herbeiführung der Hilfebedürftigkeit	129	Anrechnung des Elterngeldes als Einkommen bei der Ermittlung der Berechnungsgrundlage für den jugendhilferechtlichen Kostenbeitrag	93
Familienzusammenführung		Anspruch auf Gewährung heilpädagogischer Leistungen	66
Kein Ausschluss von SGB-II-Leistungen, wenn Drittstaatsangehörige zum Zwecke der Familienzusammenführung zum deutschen Ehepartner nachziehen	99	Aufwendungersatz für eine selbst beschaffte Schulbegleitung	45
Frauenhaus		Ein Betreuungsplatz bei einer Tagesmutter erfüllt den Rechtsanspruch auf U3-Betreuung, wenn ein Kita-Platz nicht zur Verfügung steht	115
Kostenerstattung bei Aufenthalt im Frauenhaus	51	Erhebung eines jugendhilferechtlichen Kostenbeitrags von einem selbstständig arbeitenden Elternteil	108
Freie Träger, Freie Wohlfahrtspflege		Kindergartenplatz für ein behindertes Kind	143
Motivationszuwendungen eines Integrationsunternehmens für einen psychisch kranken Menschen sind kein die Sozialhilfe minderndes Einkommen	127	Kostenerstattung bei fortdauernder Vollzeitpflege nach § 89a SGB VIII	90
Zahlungsanspruch eines Trägers der freien Jugendhilfe gegen einen öffentlichen Jugendhilfeträger wegen im Rahmen einer Jugendhilfemaßnahme erbrachter Leistungen	69	Verringerung des Nettoeinkommens durch rechtsmissbräuchlichen Wechsel der Steuerklasse	20
Geldwerte Leistungen		Zahlungsanspruch eines Trägers der freien Jugendhilfe gegen einen öffentlichen Jugendhilfeträger wegen im Rahmen einer Jugendhilfemaßnahme erbrachter Leistungen	69
Ergänzende Sachleistungen oder geldwerte Leistungen bei Sanktionen im SGB II	37	Kinderbetreuung	
Grundsicherung für Arbeitsuchende		Ein Betreuungsplatz bei einer Tagesmutter erfüllt den Rechtsanspruch auf U3-Betreuung, wenn ein Kita-Platz nicht zur Verfügung steht	115
Abweichung vom Kopfteilprinzip bei Wegfall des Unterkunfts-kostenanteils eines sanktionierten unter 25-jährigen Mitglieds der Bedarfsgemeinschaft	132	Kindergartenplatz für ein behindertes Kind	143
Anforderungen an die Sozialwidrigkeit des Verhaltens bei Herbeiführung der Hilfebedürftigkeit	129	Kostenbeitrag für Kindertagespflege	142
Anwendung der Wohngeldtabelle zur Bestimmung der angemessenen Unterkunfts-kosten nur bei fehlenden Erkenntnismöglichkeiten des Gerichts	3	Kinder- und Jugendhilfegesetz → Jugendhilfe	
Aufhebung einer Leistungsbewilligung nach § 45 SGB X, wenn die Ausgangsentscheidung von Anfang an rechtswidrig war	75	Kindertagespflege	
Auslegung des Begriffs der allgemeinbildenden Schule im Sinne des SGB II orientiert sich an bundesrechtlichen Maßstäben	27	Kostenbeitrag für Kindertagespflege	142
Berliner Wohnaufwendungsverordnung: Normenkontrollantrag unzulässig	61	Kommunikationshilfe	
Berücksichtigung des Einkommens des Stiefelnteils zugunsten der nicht leiblichen minderjährigen Kinder in der Bedarfsgemeinschaft	135	Erstattung der Aufwendungen für den Einsatz eines Kommunikations-helfers als Hilfe zur Förderung der Teilhabe am Arbeitsleben	105
Die fehlende Auflistung der Krankheit in den Empfehlungen des Deutschen Vereins schließt einen Mehrbedarfzuschlag bei Laktoseintoleranz nicht aus	103	Kosten der Unterkunft → Unterkunftskosten	
Ein Wertzufluss am Tag der Beantragung von SGB-II-Leistungen ist unabhängig von der Uhrzeit der Kontogutschrift und der Antragstellung als Einkommen und nicht als Vermögen zu beurteilen	101	Kostenbeitrag	
Ergänzende Sachleistungen oder geldwerte Leistungen bei Sanktionen im SGB II	37	Anrechnung des Elterngeldes als Einkommen bei der Ermittlung der Berechnungsgrundlage für den jugendhilferechtlichen Kostenbeitrag	93
Kein Ausschluss von SGB-II-Leistungen, wenn Drittstaatsangehörige zum Zwecke der Familienzusammenführung zum deutschen Ehepartner nachziehen	99	Erhebung eines jugendhilferechtlichen Kostenbeitrags von einem selbstständig arbeitenden Elternteil	108
Keine Berücksichtigung persönlicher Lebensumstände bei der Bestimmung der abstrakt angemessenen Vergleichsmiete	81	Kostenbeitrag für Kindertagespflege	142
Keine pauschale Erhöhung der Wohnflächengrenze für Alleinerziehende nach wohnraumförderungsrechtlichen Sonderregelungen	29	Verringerung des Nettoeinkommens durch rechtsmissbräuchlichen Wechsel der Steuerklasse	20
Keine Verweigerung existenzsichernder Leistungen, wenn einmalige Einnahmen nicht zur Sicherung des Lebensunterhalts im Verteilzeitraum verwendet werden	78	Kostenerstattung	
Kostenerstattung bei Aufenthalt im Frauenhaus	51	Erstattung der Aufwendungen für den Einsatz eines Kommunikations-helfers als Hilfe zur Förderung der Teilhabe am Arbeitsleben	105
Rechtsweg bei Streitigkeiten über ein Hausverbot für die Räume eines Jobcenters gegenüber einem Empfänger von SGB-II-Leistungen	119	Kostenerstattung bei Aufenthalt im Frauenhaus	51
		Kostenerstattung bei fortdauernder Vollzeitpflege nach § 89a SGB VIII	90
		Kraftfahrzeug	
		Übernahme der Kosten für die Anschaffung und den behindertengerechten Umbau eines Kraftfahrzeugs	38
		Krankenkostzulagen	
		Die fehlende Auflistung der Krankheit in den Empfehlungen des Deutschen Vereins schließt einen Mehrbedarfzuschlag bei Laktoseintoleranz nicht aus	103
		Kündigungsschutz	
		Kündigungsschutz bei Schwerbehinderung	17

	Seite		Seite
Laktoseintoleranz			
Die fehlende Auflistung der Krankheit in den Empfehlungen des Deutschen Vereins schließt einen Mehrbedarfszuschlag bei Laktoseintoleranz nicht aus	103	Übernahme der Kosten der Räumung einer Wohnung bei Umzug in ein Pflegeheim	59
Mehrbedarf		Übernahme der Kosten für die Anschaffung und den behindertengerechten Umbau eines Kraftfahrzeugs	38
Die fehlende Auflistung der Krankheit in den Empfehlungen des Deutschen Vereins schließt einen Mehrbedarfszuschlag bei Laktoseintoleranz nicht aus	103	Zum Vermögenseinsatz bei sog. gemischten Bedarfsgemeinschaften	33
Miete, Mietspiegel		Sozialwidriges Verhalten	
Keine Berücksichtigung persönlicher Lebensumstände bei der Bestimmung der abstrakt angemessenen Vergleichsmiete	81	Anforderungen an die Sozialwidrigkeit des Verhaltens bei Herbeiführung der Hilfebedürftigkeit	129
Motivationszuwendungen		Steuerklasse	
Motivationszuwendungen eines Integrationsunternehmens für einen psychisch kranken Menschen sind kein die Sozialhilfe minderndes Einkommen	127	Verringerung des Nettoeinkommens durch rechtsmissbräuchlichen Wechsel der Steuerklasse	20
Obdachlosigkeit		Stiefkinder	
Anspruch auf obdachlosenpolizeiliche Unterbringung von Unionsbürgern	118	Berücksichtigung des Einkommens des Stiefelternteils zugunsten der nicht leiblichen minderjährigen Kinder in der Bedarfsgemeinschaft	135
Privatschule		Tagesmutter	
Kein Anspruch auf Übernahme der Kosten für den Besuch einer Privatschule im Rahmen der Eingliederungshilfe	57	Ein Betreuungsplatz bei einer Tagesmutter erfüllt den Rechtsanspruch auf U3-Betreuung, wenn ein Kita-Platz nicht zur Verfügung steht	115
Rechtsweg		Umzug	
Rechtsweg bei Streitigkeiten über ein Hausverbot für die Räume eines Jobcenters gegenüber einem Empfänger von SGB-II-Leistungen	119	Übernahme der Kosten der Räumung einer Wohnung bei Umzug in ein Pflegeheim	59
Regelbedarfe		Unterhaltsrecht	
Verfassungsmäßigkeit der Neuermittlung des Regelbedarfs für Alleinstehende	5	Leistungsfähigkeit zur Zahlung von Elternunterhalt	123
Reittherapie		Unterhaltsvorschussgesetz	
Anspruch auf Gewährung heilpädagogischer Leistungen	66	Gewährung von Leistungen nach dem Unterhaltsvorschussgesetz	43
Sachleistungen		Kein Unterhaltsvorschuss für Kind von anonymem Samen-spende im Ausland	111
Ergänzende Sachleistungen oder geldwerte Leistungen bei Sanktionen im SGB II	37	Unterkunft, Unterkunfts-kosten	
Samenspende		Abweichung vom Kopfteilprinzip bei Wegfall des Unterkunfts-kostenanteils eines sanktionierten unter 25-jährigen Mitglieds der Bedarfsgemeinschaft	132
Kein Unterhaltsvorschuss für Kind von anonymem Samen-spende im Ausland	111	Anwendung der Wohngeldtabelle zur Bestimmung der angemessenen Unterkunfts-kosten nur bei fehlenden Erkenntnis-möglichkeiten des Gerichts	3
Sanktionen		Berliner Wohnaufwendungsverordnung: Normenkontrollantrag unzulässig	61
Abweichung vom Kopfteilprinzip bei Wegfall des Unterkunfts-kostenanteils eines sanktionierten unter 25-jährigen Mitglieds der Bedarfsgemeinschaft	132	Keine Berücksichtigung persönlicher Lebensumstände bei der Bestimmung der abstrakt angemessenen Vergleichsmiete	81
Ergänzende Sachleistungen oder geldwerte Leistungen bei Sanktionen im SGB II	37	Keine pauschale Erhöhung der Wohnflächengrenze für Alleinerziehende nach wohnraumförderungsrechtlichen Sonderregelungen	29
Schulbedarf		Verfassungsmäßigkeit	
Auslegung des Begriffs der allgemeinbildenden Schule im Sinne des SGB II orientiert sich an bundesrechtlichen Maßstäben	27	Verfassungsmäßigkeit der Neuermittlung des Regelbedarfs für Alleinstehende	5
Schulbegleitung		Vermögen	
Aufwendungsersatz für eine selbst beschaffte Schulbegleitung	45	Ein Wertzufluss am Tag der Beantragung von SGB-II-Leistungen ist unabhängig von der Uhrzeit der Kontogutschrift und der Antragstellung als Einkommen und nicht als Vermögen zu beurteilen	101
Schulgeld		Kein Einbau eines Aufzugs im Haus der Eltern eines schwerbehinderten Kindes auf Kosten des Sozialhilfeträgers bei vorhandenem Vermögen	54
Kein Anspruch auf Übernahme der Kosten für den Besuch einer Privatschule im Rahmen der Eingliederungshilfe	57	Leistungsfähigkeit zur Zahlung von Elternunterhalt	123
Schwerbehinderte → Behinderte Menschen		Zum Vermögenseinsatz bei sog. gemischten Bedarfsgemeinschaften	33
Selbstbeschaffung		Vollzeitpflege	
Aufwendungsersatz für eine selbst beschaffte Schulbegleitung	45	Kostenerstattung bei fortdauernder Vollzeitpflege nach § 89a SGB VIII	90
SGB II → Grundsicherung für Arbeitsuchende		Wohnaufwendungsverordnung Berlin	
SGB XII → Sozialhilfe		Berliner Wohnaufwendungsverordnung: Normenkontrollantrag unzulässig	61
Sozialhilfe		Wohngeldgesetz	
Berliner Wohnaufwendungsverordnung: Normenkontrollantrag unzulässig	61	Keine Berücksichtigung persönlicher Lebensumstände bei der Bestimmung der abstrakt angemessenen Vergleichsmiete	81
Kein Anspruch auf Übernahme der Kosten für den Besuch einer Privatschule im Rahmen der Eingliederungshilfe	57	Wohngeldtabelle	
Kein Einbau eines Aufzugs im Haus der Eltern eines schwerbehinderten Kindes auf Kosten des Sozialhilfeträgers bei vorhandenem Vermögen	54	Anwendung der Wohngeldtabelle zur Bestimmung der angemessenen Unterkunfts-kosten nur bei fehlenden Erkenntnis-möglichkeiten des Gerichts	3
Kostenerstattung bei Aufenthalt im Frauenhaus	51	Wohnungsräumung	
Motivationszuwendungen eines Integrationsunternehmens für einen psychisch kranken Menschen sind kein die Sozialhilfe minderndes Einkommen	127	Übernahme der Kosten der Räumung einer Wohnung bei Umzug in ein Pflegeheim	59

Wunsch- und Wahlrecht

Übernahme der Kosten für die Anschaffung und den behindertengerechten Umbau eines Kraftfahrzeugs

38

Zuständigkeit

Zahlungsanspruch eines Trägers der freien Jugendhilfe gegen einen öffentlichen Jugendhilfeträger wegen im Rahmen einer Jugendhilfemaßnahme erbrachter Leistungen

69

III. Paragrafenverzeichnis

	Seite		Seite		Seite		Seite
AFG		§ 10 Abs. 6	39, 42	§ 9	15, 79, 102, 131, 135–137	§ 24 Abs. 2	115–117
§ 137	15	§ 11	68	§ 11	22, 79, 80, 102, 110, 135–137	§ 27	71, 72, 91, 95
Alg II-VO		§ 12	46, 57, 68, 69	§ 11b	7	§ 33	91, 109
§ 1 Abs. 2	135	ESTG		§ 12	35, 79, 102, 136	§ 35	71, 72
§ 2	79	§ 32	137	§ 16 Abs. 2	51–53	§ 35a	45–47, 66–68
AO		§ 39b	23	§ 16a	52, 53	§ 36a	45–48, 66
§ 5	128	§ 64 Abs. 2	44	§ 19	6, 79, 102	§ 39	94
AsylbLG		FreizügG/EU		§ 20	6, 7, 10, 13, 64	§ 41	91, 92
§ 3	9	§ 2	99–101	§ 21	6, 9, 11, 12, 30, 103–105	§ 78b	69, 71
AufenthG		§ 3	100	§ 22	3–5, 9–11, 30–33, 61–65, 80–84, 133, 134	§ 80 Abs. 1	47
§ 2 Abs. 1	100	§ 5	118, 119	§ 22a	62, 63	§ 82	22
§ 5	101	GG		§ 22b Abs. 3	30, 32, 62–64, 83	§ 86	69–72, 90–92
§ 6	101	Art. 1	6, 7, 80, 119, 136, 137	§ 23	28, 80	§ 86a	91, 92
§ 28	100, 101	Art. 2 Abs. 1	43, 110, 135	§ 24 Abs. 3	12	§ 86c	69, 71, 72
BAföG		Art. 3	27, 39, 40, 56, 96, 114, 119, 135, 136, 141–144	§ 24a	27–29	§ 89a	90–93
§ 10 Abs. 3	9	Art. 6	57, 99, 100, 135	§ 28	28, 79, 82, 135, 136	§ 89c	69
BEEG		Art. 7	57–59	§ 30	137	§ 89e	90, 92, 93
§ 2	94, 95	Art. 12	141	§ 31	37, 131, 134	§ 91	20, 22, 95, 109, 110
§ 10	93–96	Art. 19 Abs. 4	56	§ 31a Abs. 3	37	§ 92	20–23, 110, 111, 137
§ 11	95	Art. 20 Abs. 1	6, 7, 80, 119	§ 34	80, 129–131	§ 93	21–23, 93, 94, 108–111
§ 27	96	Art. 20 Abs. 3	110, 135, 136	§ 36	6, 52	§ 94	21, 22, 108–111
BGB		Art. 74 Abs. 1	105, 108	§ 36a	51–54	SGB IX	
§ 133	19, 109	Art. 100	6	§ 37	102, 103	§ 1	39
§ 157	19, 109	Art. 116 Abs. 1	100	§ 38	131	§ 2	18, 39, 55, 58
§ 162	23, 24	NSchG		§ 40	4, 30, 76–78, 133	§ 4 Abs. 1	55
§ 242	23	§ 5 Abs. 2	27	§ 41	102, 103	§ 5	39, 107
§ 276 Abs. 2	44	§ 14	27	§ 43	131	§ 6	39, 54, 107
§ 288	70	§ 162	27	§ 44b	6, 51, 52	§ 7	107
§ 291	54	§ 163	27	§ 65 Abs. 5	35	§ 14	39, 54, 55, 107
§ 293	141	RBEG		§ 76	6, 102	§ 26	46, 56, 58, 67, 68
§ 415	71	§ 1	65	§ 77 Abs. 12	37	§ 31 Abs. 1	42
§ 556	32	§ 2	9	SGB III		§ 33	46, 56, 58, 68, 105–108
§ 613a	140	§ 3	9	§ 3 Abs. 1	107	§ 41	58
§ 823	131	§ 4	8	§ 60 Abs. 1	107, 108	§ 55	40, 54, 55, 58, 66–68
§ 831	131	§ 5	10, 11	§ 98	107	§ 56	66, 68
§ 1353	16	§ 10	9, 10, 12	§ 99	107	§ 58	40
§ 1567	16, 130	RegelsatzV		§ 100	107	§ 69	17–20
§ 1577 Abs. 3	125	§ 2 Abs. 3	8	§ 102	107	§ 71	139–141
§ 1581 Abs. 2	125	SGB I		§ 103	105, 107	§ 73	18, 139–141
§ 1603	96, 125	§ 2 Abs. 2	58	§ 109	107	§ 77	139–141
§ 1606 Abs. 3	124	§ 11	95	§ 114	107	§ 81 Abs. 5	141
§ 1607 Abs. 2	124	§ 16	103	§ 118	105	§ 85	18
BSHG		§ 30 Abs. 3	52, 69, 70, 92, 100	§ 193	15	§ 91	17–20
§ 5	102	§ 37	70, 92	§ 328	30	§ 102 Abs. 6	105–107
§ 8 Abs. 2	53	§ 39 Abs. 1	39	§ 330	77, 133	§ 136 Abs. 4	56
§ 17	53	§ 53	72	SGB IV		SGB X	
§ 39	68	SGB II		§ 1 Abs. 1	140	§ 20	15, 39
§ 40 Abs. 1	68, 69	§ 1	53	§ 7	140	§ 24	77, 130
§ 43 Abs. 2	55	§ 2 Abs. 1	131	SGB V		§ 31	130
§ 76	102, 110	§ 3	53	§ 27 Abs. 1	53	§ 33 Abs. 1	75, 77, 78
§ 88 Abs. 2	126	§ 6	6, 27, 51, 53	§ 33	42, 54	§ 39	30, 127, 143
§ 92a	130	§ 6b	27	§ 62	12	§ 41	75, 77, 130
§ 103	93	§ 7	4, 9, 13–16, 28, 30, 35, 53, 79, 82, 99–102, 119, 130, 133, 135–137	SGB VIII		§ 44	4, 104
§ 107	52, 54	§ 7a	101, 133	§ 1	111	§ 45	28, 75–78, 127, 131
§ 122	15	§ 8	101	§ 5	116, 117	§ 48	22, 28, 75–77, 80, 104, 127, 131, 133
EinglH-VO				§ 10 Abs. 1	48	§ 50	44, 78
§ 1	39, 55			§ 19	93, 94, 96	§ 56	71
§ 2	58			§ 23	116, 142	§ 90 Abs. 1	142
§ 8	38–41					§ 108 Abs. 2	54
§ 9	38–42					§ 111	54
						§ 112	92, 93
						§ 113	54
						SGB XI	
						§ 40 Abs. 4	54

	Seite		Seite		Seite		Seite
SGB XII		§ 57	46, 67	§ 103	3, 15, 59, 84, 104	§ 123	118
§ 2 Abs. 1	53	§ 82	36, 57, 110, 127, 128	§ 128	3	§ 124 Abs. 2	142
§ 3 Abs. 2	55, 127	§ 83 Abs. 1	127, 129	§ 130	55	§ 137	17, 19, 44, 45, 66,
§ 5	128, 129	§ 84	57, 127–129	§ 160	6		67, 90, 92, 94, 105,
§ 8	38	§ 85	56	§ 161	59, 104		106, 109, 113, 139
§ 9	40–42	§ 86	56	§ 163	4, 16, 34, 60, 61,	§ 144	24, 45, 47, 48, 105,
§ 10 Abs. 3	55	§ 87	56		127, 134		109, 111, 112
§ 13	58, 60	§ 90	33–35, 60, 126	§ 164	30, 59, 84, 104		
§ 16	38, 40, 42	§ 91	34	§ 170	3, 30, 34, 54, 57, 60,		
§ 17 Abs. 2	41	§ 92 Abs. 2	54–56		76, 79, 82, 102,	VwVfG	
§ 19	34, 35, 55–57, 60,	§ 96 Abs. 2	35		103, 127	§ 43 Abs. 2	76, 77
	127	§ 97	38, 55, 58, 60, 127	§ 202	34, 42	WAV	
§ 27a	7	§ 98	38, 55, 60, 127			§ 4	65, 66
§ 28	7, 8, 13, 58, 59	§ 99	34	UN-BRK		§ 6	62–65
§ 28a	7, 13, 29	§ 103	130	Art. 2	144	§ 8	61
§ 29	59–61	§ 116 Abs. 2	34, 57, 60	Art. 5 Abs. 2	143, 144		
§ 30	9					WoFG	
§ 34	60	SGG		UVG		§ 10	30, 31
§ 35	11, 60–63, 65, 124	§ 41	34	§ 1	43–45, 112–114		
§ 35a	32, 62–65	§ 51	119	§ 2	44, 112	WoGG	
§ 40	7	§ 54	34, 51, 52, 55, 57,	§ 5 Abs. 1	43–45	§ 8	3, 5, 81, 82–84
§ 41	34, 35		60, 62, 76, 79,	§ 6	43, 114	§ 9	5, 83
§ 42	60		127, 130, 133	§ 7	113, 114	§ 12	5
§ 43 Abs. 1	34, 35, 60, 128	§ 55	34	VwGO		ZPO	
§ 44 Abs. 1	34	§ 55a	62–64	§ 40	119	§ 264	109
§ 48	12	§ 56	55, 57, 60, 127	§ 42	17, 62, 67	§ 287	42
§ 53	39, 40, 46, 55–58,	§ 70	6, 27, 52, 127	§ 51 Abs. 1	120	§ 560	34
	67, 68	§ 73a	37	§ 86 Abs. 1	20, 67	§ 850d	135
§ 54 Abs. 1	29, 40, 45, 46,	§ 75	34, 54, 55	§ 88	24	§ 920	118
	48, 55–59,	§ 86	76, 127	§ 91	109		
	66–68	§ 95	34, 55, 57, 76	§ 113	67, 143		
§ 56	46, 56, 67	§ 96	6, 13, 30, 127				

IV. Abkürzungsverzeichnis

AA	= Agentur für Arbeit	BArbBl	= Bundesarbeitsblatt
Abl.	= Amtsblatt	BAT	= Bundesangestelltentarifvertrag
AEG	= Allgemeines Eisenbahngesetz	BayEUG	= Bayerisches Gesetz über das Erziehungs- und Unterrichtswesen
ÄndG	= Änderungsgesetz	BayObLG	= Bayerisches Oberstes Landesgericht
a. F.	= alte Fassung	BayVBl.	= Bayerische Verwaltungsblätter
AFG	= Arbeitsförderungsgesetz	Bay. VGH	= Bayerischer Verwaltungsgeschichtshof
AG	= Amtsgericht; Ausführungsgesetz	BayVwVfG	= Bayerisches Verwaltungsverfahrensgesetz
AGBG	= Gesetz zur Regelung des Rechts der Allgemeinen Geschäftsbedingungen	BBauG	= Bundesbaugesetz
AGBSHG	= Gesetz zur Ausführung des Bundessozialhilfegesetzes	BBesG	= Bundesbesoldungsgesetz
AGG	= Allgemeines Gleichbehandlungsgesetz	BDSG	= Bundesdatenschutzgesetz
AGSGB	= Gesetz zur Ausführung des Sozialgesetzbuches	BEEG	= Gesetz zum Elternzeit und zur Elternzeit
AGVwGO	= Ausführungsgesetz zur Verwaltungsgerichtsordnung	BefrVO	= Verordnung über die Voraussetzungen für die Befreiung von der Rundfunkgebührenpflicht
Alg	= Arbeitslosengeld	BerRehaG	= Berufliches Rehabilitationsgesetz
Alg II-VO	= Verordnung zur Berechnung von Einkommen sowie zur Nichtberücksichtigung von Einkommen und Vermögen beim Arbeitslosengeld II/Sozialgeld	BErzGG	= Bundeserziehungsgeldgesetz
Alhi	= Arbeitslosenhilfe	BFH	= Bundesfinanzhof
AlhiV	= Arbeitslosenhilfe-Verordnung	BFHE	= Sammlung der Entscheidungen des Bundesfinanzhofs
AltZertG	= Altersvorsorgeverträge-Zertifizierungsgesetz	BFH/IV	= Sammlung amtlich nicht veröffentlichter Entscheidungen des Bundesfinanzhofs
AMG	= Arzneimittelgesetz	BGB	= Bürgerliches Gesetzbuch
AMRI.	= Arzneimittelrichtlinie	BGBI.	= Bundesgesetzblatt
AO	= Abgabenordnung	BGG	= Behindertengleichstellungsgesetz
AOK	= Allgemeine Ortskrankenkasse	BGH	= Bundesgerichtshof
ArbGG	= Arbeitsgerichtsgesetz	BGHZ	= Entscheidungen des Bundesgerichtshofs in Zivilsachen
ArVNG	= Arbeiterrentenversicherungs-Neuregelungsgesetz	BhV	= Allgemeine Verwaltungsvorschriften über die Gewährung von Beihilfen in Krankheits-, Geburts- und Todesfällen
ASMK	= Konferenz der Arbeits- und Sozialminister der Länder	BKGG	= Bundeskindergeldgesetz
ASRG	= Gesetz zur Reform der agrarsozialen Sicherung	BKK	= Zeitschrift der betrieblichen Krankenversicherung
AsylBLG	= Asylbewerberleistungsgesetz	BMAS	= Bundesministerium für Arbeit und Soziales
AsylVfG	= Asylverfahrensgesetz	BMF	= Bundesministerium der Finanzen
AufenthG	= Aufenthaltsgesetz	BNatSchG	= Gesetz über Naturschutz und Landschaftspflege
AusIG	= Ausländergesetz	BRAGO	= Bundesrechtsanwaltsgebührenordnung
AVAVG	= Gesetz über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung	BR-Drucks.	= Bundesrats-Drucksache
AVG	= Angestelltenversicherungsgesetz	BRRG	= Beamtenrechtsrahmengesetz
AVmG	= Altersvermögensgesetz	BSG	= Bundessozialgericht
AWO	= Arbeiterwohlfahrt	BSGE	= Entscheidungen des Bundessozialgerichts
BA	= Bundesagentur für Arbeit	BSHG	= Bundessozialhilfegesetz
BAB	= Berufsausbildungsbeihilfe	BStBl.	= Bundessteuerblatt
BAföG	= Bundesausbildungsförderungsgesetz	BT-Drucks.	= Bundestags-Drucksache
BAG	= Bundesarbeitsgericht		
BAnz.	= Bundesanzeiger		

BudgetV	= Budgetverordnung	GWB	= Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen
BVerfG	= Bundesverfassungsgericht	HärteV	= Verordnung über Zusatzleistungen in Härtefällen nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz
BVerfGE	= Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts	HAltPflG	= Hessisches Altenpflegegesetz
BVerfGG	= Bundesverfassungsgerichtsgesetz	HeimG	= Heimgesetz
BVerwG	= Bundesverwaltungsgericht	HeimMindBauV	= Heimmindestbauverordnung
BVerwGE	= Entscheidungen des Bundesverwaltungsgerichts	HFR	= Höchststrichterliche Finanzrechtsprechung (Zeitschrift)
BVFG	= Bundesvertriebenengesetz	HIVHG	= Gesetz über die humanitäre Hilfe für durch Blutprodukte HIV-infizierte Personen
BVG	= Bundesversorgungsgesetz	HmbJVBl.	= Hamburgisches Justizverwaltungsblatt
DA	= Dienstanweisung	HMVO	= Verordnung über Hilfsmittel von geringem therapeutischen Nutzen oder geringem Abgabepreis in der gesetzlichen Krankenversicherung
DA-FamEstG	= Dienstanweisung zur Durchführung des Familienleistungsausgleichs	HSGZ	= Hessische Städte- und Gemeindezeitung
DAngVers	= Die Angestellten-Versicherung (Zeitschrift)	HSOG	= Hessisches Gesetz über die öffentliche Sicherheit und Ordnung
DAVorm	= Der Amtsvormund (Zeitschrift)	HumHAG	= Gesetz über Maßnahmen für im Rahmen humanitärer Hilfsaktionen aufgenommene Flüchtlinge
DBIR	= Dienstblatt der Bundesanstalt für Arbeit – Rechtsprechung	ICF	= International Classification of Functioning, Disability and Health
DIJuF	= Deutsches Institut für Jugendhilfe und Familienrecht	IfG	= Informationsfreiheitsgesetz
DIV	= Deutsches Institut für Vormundschaftswesen	IKK	= Innungskrankenkasse
DÖV	= Die Öffentliche Verwaltung (Zeitschrift)	InfAuslR	= Informationsbrief Ausländerrecht
DOK	= Die Ortskrankenkasse (Zeitschrift)	ISD	= Internationaler Sozialdienst
DRG	= Diagnosis Related Groups	ISG	= Institut für Sozialforschung und Gesellschaftspolitik
DRV	= Deutsche Rentenversicherung (Zeitschrift)	JAmt	= Das Jugendamt (Zeitschrift)
DSG	= Datenschutzgesetz	JFG	= Jugendförderungsgesetz
DV	= Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge	JStG	= Jahressteuergesetz
DVAuslG	= Durchführungsverordnung zum Ausländergesetz	JVA	= Justizvollzugsanstalt
DVBl.	= Deutsches Verwaltungsblatt	JWG	= Jugendwohlfahrtsgesetz
DVO	= Durchführungsverordnung	KassKomm	= Kasseler Kommentar Sozialversicherungsrecht
DVP	= Deutsche Verwaltungspraxis (Zeitschrift)	KdU	= Kosten der Unterkunft
E	= Entwurf	KFürsV	= Kriegsofferfürsorgeverordnung
EBO	= Eisenbahn-Bau- und Betriebsordnung	KfzHV	= Kraftfahrzeughilfe-Verordnung
EFA	= Europäisches Fürsorgeabkommen	KG	= Kammergericht
EFG	= Entscheidungen der Finanzgerichte	KGG	= Kindergeldgesetz
EG	= Europäische Gemeinschaft	KGZ	= Kindergeldzuschlag
EGAO	= Einführungsgesetz zur Abgabenordnung	KHG	= Gesetz zur wirtschaftlichen Sicherung der Krankenhäuser und zur Regelung der Krankenpflegesätze
EGBGB	= Einführungsgesetz zum Bürgerlichen Gesetzbuch	KiGaG	= Kindergartengesetz
EigZulG	= Eigenheimzulagengesetz	KiTaG	= Kindertagesättengesetz
EinglH-VO	= Eingliederungshilfeverordnung	KJHG	= Kinder- und Jugendhilfegesetz
EMRK	= Europäische Menschenrechtskonvention	KK	= Krankenkasse
EntlG	= Gesetz zur Entlastung der Gerichte in der Verwaltungs- und Finanzgerichtsbarkeit	KOLS	= Konferenz der Obersten Landessozialbehörden
ErsK	= Ersatzkasse	KomtrZV	= Kommunalträger-Zulassungsverordnung
EstG	= Einkommensteuergesetz	KonsularG	= Konsulargesetz
ESVGH	= Entscheidungssammlung des Hessischen und des Baden-Württembergischen Verwaltungsgerichtshofes	KostAusglVO	= Kostenausgleichsverordnung
EU	= Erwerbsunfähigkeit; Europäische Union	KrV	= Die Krankenversicherung (Zeitschrift)
EuFürsAbk	= Europäisches Fürsorgeabkommen	KSchG	= Kündigungsschutzgesetz
EuG	= Sammlung der Entscheidungen und Gutachten der Spruchstellen für Fürsorgestreitigkeiten	KStG	= Körperschaftsteuergesetz
EuGH	= Europäischer Gerichtshof	KSVG	= Künstlersozialversicherungsgesetz
EVS	= Einkommens- und Verbrauchsstichprobe	KV	= Krankenversicherung
EWG	= Europäische Wirtschaftsgemeinschaft	KVdA	= Krankenversicherung der Arbeitslosen
EzFamR	= Entscheidungssammlung zum Familienrecht	KVEG	= Kostendämpfungs-Ergänzungsgesetz
F.	= Fassung	KVHilfsmittelV	= Verordnung über Hilfsmittel von geringem therapeutischen Nutzen in der gesetzlichen Krankenversicherung
FA	= Finanzamt	KVKG	= Krankenversicherungs-Kostendämpfungsgesetz
FamRZ	= Zeitschrift für das gesamte Familienrecht	LAG	= Landesarbeitsgericht; Lastenausgleichsgesetz
FEVS	= Fürsorgerechtl. Entscheidungen der Verwaltungs- und Sozialgerichte (Sammlung)	LBO	= Landesbauordnung
FG	= Finanzgericht	LG	= Landgericht
FGO	= Finanzgerichtsordnung	LHO	= Landeshaushaltsordnung
FKPG	= Gesetz zur Umsetzung des Föderalen Konsolidierungsprogramms	LPartG	= Lebenspartnerschaftsgesetz
FLPK	= Frankfurter Lehr- und Praxiskommentar zum KJHG	LPartGErgG	= Lebenspartnerschaftsgesetz-Ergänzungsgesetz
Fn.	= Fußnote	LPflegeHG	= Landespflegehilfegesetz
FreizügG/EU	= Gesetz über die allgemeine Freizügigkeit von Unionsbürgern	LPfG	= Landespflegegesetz
FRV	= Fürsorgerechtsvereinbarung	LPK	= Lehr- und Praxiskommentar
FStrG	= Bundesfernstraßengesetz	LSG	= Landessozialgericht
FuR	= Familie und Recht (Zeitschrift)	LT-Drucks.	= Landtags-Drucksache
GABI.	= Gemeinsames Amtsblatt	LTS	= Landestreuhandstelle
GfA	= Gesellschaft für Arbeitsmarktförderung	LUVVO	= Lebensunterhalt-Verordnung
GG	= Grundgesetz	LV	= Landesverfassung
GK	= Gemeinschaftskommentar; Genfer Konvention	LVerfGE	= Entscheidungen der Verfassungsgerichte der Länder
GKG	= Gerichtskostengesetz	LVvVfG	= Landesverwaltungsverfahrensgesetz
GKV	= Gesetzliche Krankenversicherung	MAGS NW	= Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen
GMBI.	= Gemeinsames Ministerialblatt	Mbl	= Ministerialblatt
GMG	= Gesetz zur Modernisierung der gesetzlichen Krankenversicherung	MDK	= Medizinischer Dienst der Krankenversicherung
GnO NW	= Gnadenordnung für das Land Nordrhein-Westfalen	MDR	= Monatsschrift für Deutsches Recht
GRG	= Gesundheitsreformgesetz	MOG	= Gesetz zur Durchführung der gemeinsamen Marktorganisationen
GSG	= Gesundheitsstrukturgesetz	MPK	= Ministerpräsidentenkonferenz
GSIG	= Gesetz über eine bedarfsorientierte Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung		
GVBl.	= Gesetz- und Verordnungsblatt		
GVG	= Gerichtsverfassungsgesetz		
GV NW	= Gesetz- und Verordnungsblatt für das Land Nordrhein-Westfalen		

MSA	= Minderjährigenschutzabkommen	SGB VIII	= Sozialgesetzbuch – Achstes Buch – Kinder- und Jugendhilfe
MTArb	= Manteltarifvertrag für Arbeiter des Bundes	SGB IX	= Sozialgesetzbuch – Neuntes Buch – Rehabilitation und Teilhabe behinderter Menschen
Mug	= Mutterschaftsgeld	SGB X	= Sozialgesetzbuch – Zehntes Buch – Sozialverwaltungsverfahren und Sozialdatenschutz
MuSchG	= Mutterschutzgesetz	SGB XI	= Sozialgesetzbuch – Elftes Buch – Soziale Pflegeversicherung
m. w. N.	= mit weiteren Nachweisen	SGB XII	= Sozialgesetzbuch – Zwölftes Buch – Sozialhilfe
Nds. GVBl.	= Niedersächsisches Gesetz- und Verordnungsblatt	SGG	= Sozialgerichtsgesetz
Nds.MBl.	= Niedersächsisches Ministerialblatt	SHR	= Sozialhilferichtlinien
NdsRpfl	= Niedersächsische Rechtspflege	Slg.	= Sammlung
NDV	= Nachrichtendienst des Deutschen Vereins	SozR	= Sozialrecht (Loseblattsammlung)
NDV-RD	= Rechtsprechungsdienst als Beilage zum Nachrichtendienst des Deutschen Vereins	SozSich	= Soziale Sicherung (Zeitschrift)
n. F.	= neue Fassung	SozVers	= Sozialversicherung
NJW	= Neue Juristische Wochenschrift	SPLG	= Sozialpädagogische Lebensgemeinschaft
NJW-RR	= Rechtsprechungs-Report der NJW	StÄndG	= Steueränderungsgesetz
NLZSA	= Niedersächsisches Landesamt für Zentrale Soziale Aufgaben	StBG	= Strafgesetzbuch
NNVG	= Niedersächsisches Nahverkehrsgesetz	StPO	= Strafprozessordnung
NordÖR	= Zeitschrift für öffentliches Recht in Norddeutschland	st. Rspr.	= ständige Rechtsprechung
NPflegeG	= Niedersächsisches Pflegegesetz	StVollzG	= Strafvollzugsgesetz
NSchG	= Niedersächsisches Schulgesetz	SV	= Sozialversicherung
NVwZ	= Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht	ThürAGBSHG	= Thüringer Ausführungsgesetz zum BSHG
NVwZ-RR	= Rechtsprechungs-Report der NVwZ	ThürVBl.	= Thüringer Verwaltungsblätter
NWVBl.	= Nordrhein-Westfälische Verwaltungsblätter	UN-BRK	= Behindertenrechtskonvention der Vereinten Nationen
NZA	= Neue Zeitschrift für Arbeitsrecht	UPR	= Zeitschrift für Umwelt- und Planungsrecht
NZM	= Neue Zeitschrift für Miet- und Wohnungsrecht	UR	= Umsatzsteuer-Rundschau
NZS	= Neue Zeitschrift für Sozialrecht	USK	= Urteilssammlung für die gesetzliche Krankenversicherung
OHG	= Offene Handelsgesellschaft	UStG	= Umsatzsteuergesetz
OLG	= Oberlandesgericht	UStR	= Umsatzsteuer-Richtlinien
ÖPNV	= Öffentlicher Personennahverkehr	UVG	= Unterhaltsvorschussgesetz
OVG	= Oberverwaltungsgericht	VBIBW	= Verwaltungsblätter für Baden-Württemberg
PBefG	= Personenbeförderungsgesetz	VerfGH	= Verfassungsgerichtshof
PfG	= Pflegegesetz	VermG	= Vermögensgesetz
PfGWGVO	= Pflegewohngeldverordnung	VersR	= Zeitschrift für Versicherungsrecht
PflegeVG	= Pflege-Versicherungsgesetz	VerwArch	= Verwaltungsarchiv (Zeitschrift)
PfIFEinrVO	= Pflegeeinrichtungsförderverordnung	VerwR	= Verwaltungsrechtsprechung in Deutschland (Zeitschrift)
PfIR	= Pflegerecht (Zeitschrift)	VG	= Verwaltungsgericht
PfIRi	= Pflegebedürftigkeits-Richtlinien	VGH	= Verwaltungsgerichtshof
PKH	= Prozesskostenhilfe	VgV	= Verordnung über die Vergabe öffentlicher Aufträge
PKV	= Private Krankenversicherung	VO	= Verordnung
PostZtgO	= Postzeitungsordnung	VOL/A	= Verdingungsordnung für Leistungen, Teil A: Allgemeine Bestimmungen
PTVS	= Pflege-Transparenzvereinbarung stationär	VorschulEinrG	= Gesetz zur Förderung der vorschulischen Erziehung
RBEG	= Gesetz zur Ermittlung von Regelbedarfen und zur Änderung des Zweiten und Zwölften Buches Sozialgesetzbuch	VSSR	= Vierteljahresschrift für Sozialrecht
RBerG	= Rechtsberatungsgesetz	VVG	= Gesetz über den Versicherungsvertrag
RdLH	= Rechtsdienst der Lebenshilfe	VwGO	= Verwaltungsgerichtsordnung
RDM	= Ring Deutscher Makler	VwV	= Verwaltungsvorschriften
Rdnr.	= Randnummer	VwVfG	= Verwaltungsverfahrensgesetz
RFHE	= Entscheidungen des Reichsfinanzhofs	VwZG	= Verwaltungszustellungsgesetz
RFV	= Reichsverordnung über die Fürsorgepflicht	WAV	= Wohnaufwendungsverordnung Berlin
RGBl.	= Reichsgesetzblatt	WoBauG	= Wohnungsbaugesetz
RGebStV	= Rundfunkgebührenstaatsvertrag	WoBindG	= Wohnungsbindungsgesetz
RGZ	= Entscheidungen des Reichsgerichts in Zivilsachen	WoFG	= Wohnraumförderungsgesetz
RKG	= Reichsknappschaftsgesetz	WoFIV	= Wohnflächenverordnung
Rpfl.	= Der Deutsche Rechtspfleger	WoGG	= Wohngeldgesetz
RsDE	= Beiträge zum Recht der sozialen Dienste und Einrichtungen (Zeitschrift)	WoGV	= Wohngeldverordnung
RStBl.	= Reichssteuerblatt	WoGVwV	= Allgemeine Verwaltungsvorschrift zum Wohngeldgesetz
RSV	= Regelsatzverordnung	WRV	= Weimarer Reichsverfassung
RSVO	= Regelsatzverordnung	WÜD	= Wiener Übereinkommen über diplomatische Beziehungen
RVA	= Reichsversicherungsamt	WuM	= Zeitschrift für Wohnungswirtschaft und Mietrecht
RVO	= Reichsversicherungsordnung	ZAR	= Zeitschrift für Ausländerrecht und Ausländerpolitik
SächsVBl.	= Sächsische Verwaltungsblätter	ZDG	= Zivildienstgesetz
SchFG	= Schulfinanzgesetz	ZERB	= Zeitschrift für die Steuer- und Erbrechtspraxis
SchG	= Schulgesetz	ZfA	= Zeitschrift für Arbeitsrecht
SchpflG	= Schulpflichtgesetz	ZfF	= Zeitschrift für das Fürsorgewesen
SchulG	= Schulgesetz	ZfJ	= Zeitschrift für Jugendrecht
SchVG	= Schulverwaltungsgesetz	ZfS	= Zentralblatt für Sozialversicherung, Sozialhilfe und Versorgung
SchwbAV	= Schwerbehinderten-Ausgleichsabgabeverordnung	ZfSH/SGB	= Zeitschrift für Sozialhilfe und Sozialgesetzbuch
SchwBG	= Schwerbehindertengesetz	ZIP	= Zeitschrift für Wirtschaftsrecht und Insolvenzpraxis, ab 1983: Zeitschrift für Wirtschaftsrecht
SG	= Sozialgericht	ZMR	= Zeitschrift für Miet- und Raumrecht
SGb	= Die Sozialgerichtsbarkeit (Zeitschrift)	ZPO	= Zivilprozessordnung
SGB I	= Sozialgesetzbuch – Erstes Buch – Allgemeiner Teil	ZSEG	= Gesetz über die Entschädigung von Zeugen und Sachverständigen
SGB II	= Sozialgesetzbuch – Zweites Buch – Grundsicherung für Arbeitsuchende	ZSpr.	= Zentrale Spruchstelle für Fürsorgestreitigkeiten
SGB III	= Sozialgesetzbuch – Drittes Buch – Arbeitsförderung		
SGB IV	= Sozialgesetzbuch – Viertes Buch – Gemeinsame Vorschriften für die Sozialversicherung		
SGB V	= Sozialgesetzbuch – Fünftes Buch – Gesetzliche Krankenversicherung		
SGB VI	= Sozialgesetzbuch – Sechstes Buch – Gesetzliche Rentenversicherung		
SGB VII	= Sozialgesetzbuch – Siebtes Buch – Gesetzliche Unfallversicherung		